

A k t e n n o t i z

Betr.: Zielplanung zur Gemeindereform;

hier: 2. Anhörungsrunde in der Obermehnhalle am Montag,
den 13. Dezember 1971.

Am Mittwoch, den 15. Dezember 1971 hat OB Heitz den Ortenberger Bürgermeister angerufen und ihm mitgeteilt, er habe sich Gedanken über die Gespräche, die in der Obermehnhalle mit ~~Landtags-~~^{Ministeri-}aldirektor Roser vom Innenministerium stattgefunden haben, gemacht. Er möchte diese Angelegenheit mit dem Ortenberger Bürgermeister unter vier Augen besprechen.

Der Ortenberger Bürgermeister gab seine Einwilligung. Ein Termin wurde auf Freitag, den 17. Dezember 1971 vormittags im Offenburger Rathaus vereinbart.

Oberbürgermeister Heitz unterbreitete bei diesem Gespräch erneut das Angebot einer Eingemeindung unter Einführung der Ortsschaftsverfassung. OB Heitz sagte, Ortenberg habe in keiner Weise eine Chance, einer gesetzlichen Eingemeindung zu entgehen. Für den Ortenberger Bürgermeister könne die Garantie gegeben werden, daß er bis zu seiner Pensionierung, so drückte sich Heitz aus, in städtischen Diensten als ORTSvorsteher oder als Beamter in entsprechender Stellung, übernommen wird. Auf diesem Gebiet könne die Stadt völlige Sicherheit bieten.

Im Laufe des Gespräches kam Heitz auch auf die ~~K~~äußerung des Landtagsabgeordneten Ruder zu sprechen. Heitz sagte, es gäbe auch Abgeordnete, die ihren Einfluß überschätzen und ein Teil der Abgeordneten sei ohnehin, wie er sich ausdrückte, nur zu den Hinterbänklern zu zählen, die quasi einen minderen Einfluß auf den Gang der Dinge haben. Dies sei in allen Parlamenten gleich.

Heitz räumte allerdings ein, daß falls die CDU mit einer absoluten Mehrheit in den Landtag einziehe, zwar das Konzept der Verwaltungsreform nicht in dem Maße auf Groß abgestimmt sei, wie bei einer SPD-Regierung. Im Falle Ortenberg aber gäbe es sowohl als auch keine Chancen für die Erhaltung der Selbständigkeit.

Heitz warnte davor, auf Äußerungen von Landtagsabgeordneten einzugehen, wie er sich ausdrückte.

Der Unterzeichner gab Heitz die Versicherung, er werde seine Vorschläge dem Gemeinderat unterbreiten, teilte aber mit, daß diese nach seiner Beurteilung keinerlei Chancen haben, vom Gemeinderat akzeptiert zu werden.

In einer Gemeinderatssitzung vom 20. Dezember 1971 lehnte der Gemeinderat einstimmig das Angebot der Stadt Offenburg ab und beauftragte den Bürgermeister, dies Herrn OB Heitz mitzuteilen.

In einem Gespräch, das dann im Januar 1972, wie vereinbart stattfand, überbrachte Bürgermeister Litterst Herrn OB Heitz die ablehnende Stellungnahme des Gemeinderates, betonte aber, daß die Gemeinde besonderen Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt Offenburg lege und keineswegs in einer gewissen Feindschaft zu dieser leben möchte.

Ortenberg, den ~~18.12.71~~ 3. März 1972

Zur Beurkundung:

